

Jugendprojekt

Institutionen spielen einen sportpolitischen Doppelpass

Das Begeisterungspotenzial des Fußballspiels nutzen die Landeszentrale für politische Bildung und der Sportclub Freiburg, um Jugendliche an die Kommunalpolitik heranzuführen. Als aktuelles und emotionales Thema dient die Debatte um den Bürgerentscheid zum Stadionneubau.

Von Marcus Dischinger

FREIBURG. Jugendliche für kommunalpolitische Themen zu begeistern, ist ein schwieriges Unterfangen. Komplizierte und mitunter lang andauernde Entscheidungsprozesse machen es Jugendlichen zudem nicht gerade leicht, einer Sache über einen längeren Zeitraum zu folgen. In vielen Fällen erschwert kommunalpolitisches Fachvokabular das Verständnis.

Es gibt allerdings ein Themenfeld, das auch bei Jugendlichen bei nahe immer ankommt: Fußball. Die Freiburger Außenstelle der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und der Fußball-Bundesligist SC Freiburg führen derzeit ein gemeinsames Projekt durch, das beide Felder – Kommunalpolitik und Fußball – miteinander verbindet.

Kommunalpolitische Strukturen für Schüler erlebbar gemacht

Es geht dabei um ein Rollenspiel zur Freiburger Stadiondebatte. Letztere fand zwar vor wenigen Wochen mit dem Bürgerentscheid für einen Neubau ein offizielles kommunalpolitisches Ende. Das Thema eignet sich aber nach Ansicht der Projektbeteiligten hervorragend, um kommunalpolitische Strukturen abzubilden und erfahrbar zu machen.

Mit jeweils fünf Schulklassen veranstalten Landeszentrale und SC Freiburg im März und April deshalb jeweils einen Workshop-Tag. „Wir haben das intern den sportpolitischen Doppelpass genannt“, meint Niklas Ziegler vom Jugendclub des SC Freiburg. Die Teilnehmer sind



Wie kommunalpolitische Entscheidungsfindung abläuft, probten Schüler des Droste-Hülshoff-Gymnasiums Freiburg beim Workshop im Stadion des SC Freiburg. FOTO: SC FREIBURG

Bildungskooperation zwischen Sport und Politik

Der SC Freiburg und die Außenstelle Freiburg der Landeszentrale für politische Bildung kooperieren nicht zum ersten Mal. Schon zur Fußball-Weltmeisterschaft 2014 gab es Länderinfos zu den Gegnern der deutschen Nationalmann-

schaft und Workshops beim Jugendclub des Sport-Clubs. Zur Fußball-Europameisterschaft in Frankreich sind die nächsten Projekte geplant: Dann könnte es um deutsch-französische Freundschaft und europäische Fragen gehen.

Achtklässler aus Gymnasien im Regierungsbezirk Freiburg.

„Für uns ist aber immer auch wichtig, über den Tellerrand hinauszuschauen“, beschreibt Ziegler die Motivation, mit der LpB gemeinsame Sache zu machen. Beide Institutionen nutzen dabei die Tatsache, dass Fußball eine hochemotionale Angelegenheit ist und mobilisiert. Gleiches trifft auch für alles zu, was im Umfeld passiert – wie beispielsweise die Diskussion um den Neubau eines Bundesligastadions in einer fußballbegeisterten Stadt. Da-

her sei die Nachfrage von Schulklassen, mitzumachen, auch groß gewesen, so Thomas Waldvogel von der LpB-Außenstelle in Freiburg.

Der Projektablauf teilt sich in zwei „Halbzeiten“. Morgens werden in der Außenstelle der Landeszentrale kommunalpolitische Grundlagen vermittelt. „Das ist eine Art Crashkurs“, erläutert Waldvogel, „wir erklären die Akteure und Aufgaben in der Kommunalpolitik und wer das Sagen hat.“

Dann beginnt auch schon das Rollenspiel. Abgebildet wird in etwa

die politische Ausgangssituation vor dem Bürgerentscheid zum Stadionbau. Die Schüler übernehmen den Part von Kommunalpolitikern oder Mitgliedern der Bürgerinitiative und vertreten deren Positionen.

Ziel ist zunächst, sich über die Ausgangslage zu informieren. Dann folgen Fraktionssitzungen, Runde Tische und Bürgergespräche. Das alles gab es im Vorfeld des realen Bürgerentscheids auch. In Debat-

ten versuchen die Schüler dann, andere zu überzeugen.

Nicht alle Argumente für bare Münze nehmen

„Die Schüler lernen dabei, eine eigene Position einzunehmen; alles, was sie hören, erst mal auf den Prüfstand zu stellen und nicht alles für bare Münze zu nehmen“, so Niklas Ziegler vom SC-Jugendclub.

Die „zweite Halbzeit“ des Tages findet dann im Stadion selbst statt. Es gibt einen Rundgang durchs Sta-

dion, Niklas Ziegler informiert die Schüler über die Gründe für einen Neubau, es folgen weitere Diskussionen und ein Abschlussplenum in der Presselounge – dort also, wo normalerweise die Trainer der Mannschaften der Presse nach dem Spiel Rede und Antwort stehen.

Bei der ersten Aktion kam es vor, dass eine Gruppierung ihre im Rollenspiel vorgegebene Meinung im Laufe des Tages geändert hatte. In der Reflektion kam zudem heraus, dass in der Kommunalpolitik komplexe Fragestellungen zu beantworten sind. „Wie kann man überhaupt guten Gewissens entscheiden“, fragte ein Schüler laut Niklas Ziegler. „Das Verständnis dafür, welche schwere Aufgabe ein Gemeinderat hat, ist danach auf jeden Fall da.“

MEHR ZUM THEMA

Kontakt zu den beteiligten Parteien:
www.lpb-bw.de/as_freiburg.html
www.scfreiburg.de

„Schwebezustand“ bei Umsatzsteuer in der Kritik

BERLIN. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingbert Liebing, kritisiert den „Schwebezustand“ bei der Umsatzbesteuerung für Beistandsleistungen zwischen Kommunen. Dieser behindere die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, belaste die Kommunen bereits mit hohen Steuernachzahlungen und müsse deshalb „dringend geklärt werden“. Andernfalls werde der kommunale Gestaltungsspielraum weiter eingeschränkt. Auch die kommunalpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktionen halten die Situation für untragbar, so Liebing.

Auslöser der Diskussion um die Umsatzsteuerpflichtigkeit von Kommunen bei Beistandsleistungen war ein Urteil des Bundesfinanzhofs von 2011. Danach besteht die Steuerpflicht, wenn Kommunen Leistungen für andere erbringen, die auch von Privaten erbracht werden können. (dis)

Lexikon

Einzelhandelskonzept: Steuerungsinstrument

Ein Einzelhandelskonzept ist ein Planungsinstrument, das für den Bereich des Städtebaus und der Raumordnung festlegt, nach welchen Kriterien Einzelhandel angesiedelt werden soll. Dies kann für einzelne Städte erfolgen, aber auch für größere Gebiete. In der Regel werden Einzelhandelskonzepte von Nachbarschaftsverbänden oder Regionalverbänden diskutiert und beschlossen. So wird gesteuert, welcher Einzelhandel sich wo ansiedelt. Damit soll eine Ballung gleichartiger Geschäfte auf engem Raum verhindert werden. Das gilt auch für eher unpassende Kombinationen, beispielsweise ein riesiges Möbelcenter am Rand einer kleineren Kommune. Ein Einzelhandelskonzept trifft auch Aussagen zum zugelassenen Sortiment für ein bestimmtes Areal, beispielsweise in einem Gewerbegebiet. So sollen Konkurrenzen zum innerstädtischen Einzelhandel unterbunden werden. (dis)

Kreistagssitzungen finden nach Geschäftslage statt

Landkreisordnung sieht keine Mindestzahl vor

SCHWÄBISCH HALL. Zwischen Kreistagsmitglied Walter Döring (FDP) und Landrat Gerhard Bauer (parteilos) im Landkreis Schwäbisch Hall gibt es unterschiedliche Ansichten über die Sitzungsfrequenz des Kreistags. Dieser Dissens wurde nun per Brief zwischen den beiden öffentlich ausgetragen.

Auslöser der Briefwechsels war die Absage der geplanten Kreistagsitzung am 17. März durch den Landrat. Der hatte die Absage damit begründet, dass es „nicht genügend entscheidungsreife Punkte“ gegeben habe. Der Ältestenrat hatte sich zuvor ebenfalls mit der Frage befasst und die Entscheidung mitgetragen. Bauer wies darauf hin, dass Dörings Fraktionskollege Friedrich Bullinger (FDP) bei dieser Sitzung dabei gewesen sei.

Der frühere Wirtschaftsminister des Landes Baden-Württemberg hatte Bauer zuvor kritisiert. Es sei schwer nachvollziehbar, dass es an „Beratungsstoff respektive Tagesordnungspunkten“ fehle und verwies auf die Bereiche Zuwanderung, Straßenbau und Breitbandverkabelung.

Bauer wiederum konterte, die Themen habe der Landkreis sehr wohl auf der Agenda. In den Ausschüssen würden diese weiterbear-

beitet. Zudem werde die Verwaltung die „frei gewordene Zeit“ nutzen, um die Themen baldmöglichst zur Entscheidungsreife zu bringen.

Formal gesehen ist das Vorgehen des Landrats nach der Landkreisordnung des Landes Baden-Württemberg zulässig. In Paragraph 29 heißt es: „Der Landrat beruft den Kreistag (...) ein und teilt rechtzeitig die Verhandlungsgegenstände mit (...). Der Kreistag ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert.“ Eine feste Anzahl von Sitzungen, die abgehalten werden müssen, gibt die Landkreisordnung also nicht vor.

Im Jahr 2013, einem Jahr ohne Kommunalwahlen, fanden im Landkreis Schwäbisch Hall insgesamt sechs Sitzungen des Kreistags statt. Hinzu kamen 16 Sitzungen der vier Ausschüsse.

Zum Vergleich die Sitzungspraxis in den Nachbarlandkreisen: Im Ostalbkreis etwa tagte der Kreistag im Jahr 2013 acht Mal, im Rems-Murr-Kreis lediglich vier Mal. Die Mitglieder des entsprechenden Gremiums im Hohenlohekreis trafen sich sechs Mal, hinzu kamen drei Sitzungen eines besonderen Ausschusses des Kreistags zur Vorbereitung der anstehenden Wahl des Landrats. (dis)

Straßenbeleuchtung darf nachts nicht einfach zum Stromsparen abgeschaltet werden

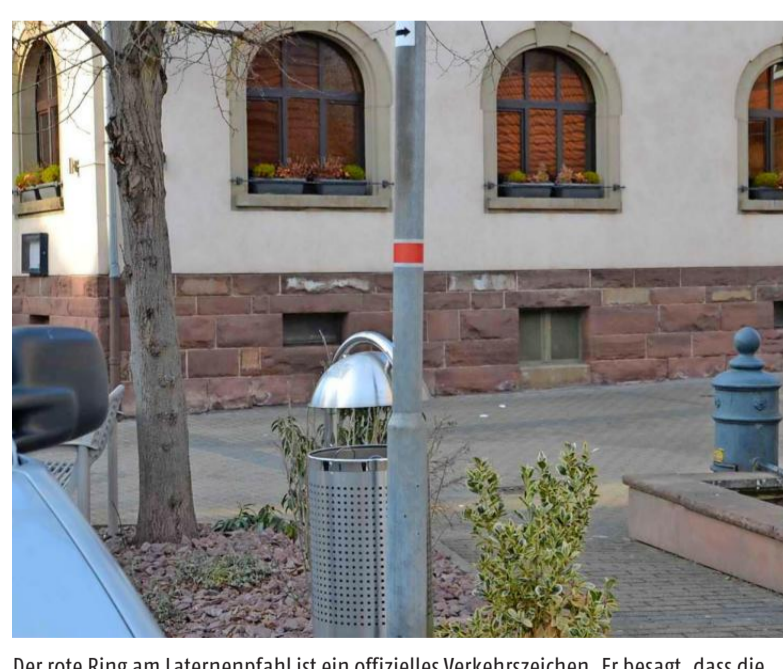
Wenn ein kleines rotes Verkehrszeichen fehlt, zählt ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss nicht

LADENBURG. Mit sieben Zentimetern Höhe und einer Länge von etwa 15 Zentimetern ist es vermutlich das kleinste Verkehrszeichen der Straßenverkehrsordnung (StVO). Und dabei ist es noch nicht einmal aus Aluminium, sondern besteht aus einer einfachen Klebefolie: der Laternenring. Er wird auf Laternenpfosten angebracht und signalisiert laut Straßenverkehrsordnung, dass die betreffende Straßenlaterne in der Nacht mindestens zeitweise abgeschaltet wird.

Ohne entsprechenden Hinweis darf nicht abgeschaltet werden

In den vergangenen Jahren verhinderte das Verkehrszeichen in einigen Gemeinden, dass die Nachtabschaltung der Beleuchtung umgesetzt werden konnte. Ursache war der fehlende Laternenring. Entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse mit dem Ziel der Energie- und Kosteneinsparung durch kürzeren Betrieb der Laternen waren damit in der Regel hinfällig.

Zuletzt hatte im Januar die Stadt Ladenburg (Rhein-Neckar-Kreis) auf Intervention des zuständigen Rhein-Neckar-Kreises nach drei Jahren die Nachtabschaltung beendet – nun leuchten die Straßenlater-



Der rote Ring am Laternenpfahl ist ein offizielles Verkehrszeichen. Er besagt, dass die entsprechende Laterne nachts ganz oder teilweise abgeschaltet wird. FOTO: BAUERLEIN

nen in der rund 11000 Einwohner zählenden Gemeinde wieder die ganze Nacht hindurch. Der Gemeinderat hatte im April 2011 die Abschaltung zwischen 2 und 4 Uhr beschlossen. Die Entscheidung war damals auch in der Bürgerschaft umstritten gewesen.

Eine offizielle Anfrage bei den oberen Behörden forderte nun zu tage, dass 1500 Leuchten mit dem

Zeichen hätten ausgestattet werden müssen. Ein aus Sicht der Verwaltung in Ladenburg viel zu aufwendiges Unterfangen. In der historischen Altstadt hätte der Laternenring teilweise auf Häusern angebracht werden müssen, was nicht überall möglich gewesen wäre.

Der Laternenring, der 1937 eingeführt worden war und manche Reform der StVO überdauert hat,

macht auch anderen Kommunen zu schaffen. Versicherungstechnisch ist er von Bedeutung, weil er Autofahrern signalisiert, dass sie ihr Fahrzeug dort ausschließlich beleuchtet abstellen dürfen. Ist der Laternenring nicht angebracht, wäre die Verwaltung bei einem Schadensfall möglicherweise haftbar.

In Albstadt etwa betreibt die Verwaltung den Aufwand, die Laternen vorschriftsmäßig auszustatten. Die Nachtabschaltung erfolgt für etwas mehr als die Hälfte der knapp 10000 Straßenlaternen seit Februar 2012 ab 1 Uhr. Dadurch werden pro Jahr etwa 48000 Euro gespart. Von den 5800 Leuchten der Stadt benötigen noch etwa 1000 einen Laternenring.

Gemeinderatsbeschluss nur über gemeindeeigene Straßen

Nachtabschaltungen auf Kreis- oder Landesstraßen sind aus verkehrsrechtlicher Sicht meist nicht möglich. Gemeinderäte können daher lediglich beschließen, dass die Beleuchtung auf gemeindeeigenen Straßen abgeschaltet oder eine Halbnachtschaltung eingeführt wird. Dabei erlischt jede zweite Laterne eines Straßenzugs oder eine Hälfte jeder Laterne. Dann ist auch kein Laternenring notwendig. (dis)